Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 83.

Geschäftsstelle: Die Geschäftsstelle für Anzeigen aus Aue und Umgegend 30 Pfennige, auswärtige Anzeigen 35 Pfennige, Reklamezeile 90 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 60 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1908

Nr. 292 — Sonnabend, den 15. Dezember 1928 — 23. Jahrgang

Die Verhandlungen in Lugano

Ein Zugeständnis!

Besprechungen zwischen Dr. Stresemann und Briand.

Ein französischer Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet aus Lugano:

Während der zweistündigen Besprechung zwischen Briand und Dr. Stresemann hat der französische Außenminister ein wichtiges Zugeständnis gemacht, das dahin geht, daß die Verhandlungen wegen der Räumung des Rheinlandes gleichzeitig mit den Operationsbesprechungen geführt werden sollen. Das bedeutet, daß, wenn einmal die Anempfehlungen der Finanzsachverständigen zu der notwendigen Vereinbarung zwischen den Regierungen geführt haben, Frankreich nicht darauf bestehen wird, daß die deutsche Schuld fundiert wird, bevor es seine Truppen zurückzieht.

Chamberlain hatte es abgelehnt, an der Unterredung teilzunehmen; man glaubt allgemein, daß er wünscht, soweit wie möglich im Hintergrunde zu bleiben und nur im Notfall als Vermittler einzugreifen. Tatsächlich wurde er nicht herbeigerufen, aber Briand gab ihm nach der Unterredung mit Dr. Stresemann eine kurze Schilderung des Vorgefallenen mit dem Bemerken, daß weitere Unterredungen folgen werden."

Gemeinsame Besprechung zwischen Briand, Chamberlain und Stresemann

Im Anschluß an das gestrige Ratsfrühstück, zu dem Briand in seiner Eigenschaft als Ratspräsident seine Kollegen eingeladen hatte, fand sich gestern nachmittag Gelegenheit zu einer gemeinsamen Besprechung zwischen Briand, Chamberlain und Dr. Stresemann. Gegenstand der Unterhaltung, die etwa anderthalb Stunden dauerte und eine Fortsetzung der bisherigen Besprechungen war, sind nach wie vor das deutsch-französische Verhältnis und die Genfer Beschlüsse. Die Besprechungen werden fortgesetzt.

Schöne Reden

Empfang der englischen Presse durch Chamberlain.

Bei einem Empfang der englischen Presse führte Chamberlain in Bezug auf die Einzelbesprechungen der letzten Tage aus, sie seien für die Zerstreuung entstandener Mißverständnisse nutzbringend gewesen und hätten so die sehr zweckdienliche gestrige Besprechung zu Dreien vorbereitet. Die in Locarno eingeleitete Politik der Befriedigung werde fortgesetzt, und er glaube, daß die deutsche Delegation, die sehr pessimistisch nach Lugano gekommen sei, weniger pessimistisch nach Berlin zurückkehren werde. Neue Entscheidungen irgendwelcher Art seien bei den gegenwärtigen Unterhaltungen über die Genfer Beschlüsse vom September nicht zu treffen. Auch handele es sich jetzt nicht um theoretische und juristische Erwägungen, mit denen man nicht weiter komme, sondern vielmehr darum, einen für alle Beteiligten gangbaren praktischen Weg zu finden. Chamberlain bestätigte des weiteren, daß die Besprechungen fortgesetzt werden. Ueber eine weitere Besprechung zu Dreien sei jedoch nichts vereinbart worden. Im übrigen bekräftigte Chamberlain den Wunsch der englischen Regierung, die Besatzung so bald als möglich zurückzuziehen und teilte zur Abrüstungsfrage mit, daß dieses Problem von verschiedenen Ratsmitgliedern gegenwärtig besprochen werde. Es sei jedoch Sache des Vorsitzenden Loudon, den Zeitpunkt für die Einberufung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses zu bestimmen.

Dawesplan und Markentschädigung in der belgischen Kammer.

In der Kammer erklärte Außenminister Hymans: Es ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden. Die Länder, an die sich Deutschland gewandt hat, haben ihm noch nicht geantwortet. Die Antwort wird wahrscheinlich sehr bald abgehen. Ich nehme an, daß der Ausschuß rein vorbereitenden Charakter und die Aufgabe haben wird, Vorschläge zu machen und Meinungen zu äußern, über die dann die Regierungen beraten müssen. Die in der Frage der Einsetzung von Sachverständigen nach der letzten Völkerbundsversammlung eingeleiteten Verhandlungen sind dem Abschluß nahe. In Genf wurde auch verabredet, daß die Frage der Rückzahlung der Markbeträge Gegenstand besonderer Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien bilden würde.

Saarfragen vor dem Völkerbundsrat

In öffentlicher Sitzung beschloß der Völkerbundsrat, den Antrag der Saarregierungskommission zur Auflegung einer langfristigen Anleihe für die Durchführung gewisser öffentlicher Arbeiten dem Finanzkomitee zur weiteren Prüfung zu überweisen. Reichsaußenminister Dr. Stresemann betonte in einer kurzen Erklärung, daß die Anleihefrage wie auch die Erneuerung des Mandats der Mitglieder der Saarregierungskommission mit einer sehr kurzen Frist auf die Tagesordnung gesetzt wurde; er gab dem Wunsche Ausdruck, daß künftig in Fällen dieser Art wenn irgend möglich die Aufnahme in die Tagesordnung mit einer längeren Frist erfolgt. Dies scheine ihm, wie er hinzufügte, insbesondere deshalb angebracht, um auch der Bevölkerung des Saargebietes genügende Zeit und Gelegenheit zu geben, ihre Auffassung über die hier zu behandelnden Fragen zu erkennen zu geben. Im übrigen erklärte sich Dr. Stresemann mit dem Bericht über die Anleihefrage einverstanden.

Zur Frage der Kontrolle der Rüstungsindustrien nahm der Rat Kenntnis von einem kurzen Brief des Grafen Bernstorff, der als Vorsitzender des entsprechenden Sonderausschusses den Rat davon verständigte, daß angesichts der noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten der Auftrag des Sonderausschusses noch nicht erfüllt werden konnte.

In der vertraulichen Sitzung wurden die fünf Mitglieder der Saarregierungskommission für ein weiteres Jahr in ihrem Amte bestätigt, desgleichen die Präsidenten der Investigationsausschüsse für Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Bulgarien. Den Vorsitz im Investigationsausschuß für Deutschland wird somit auch im kommenden Jahre der französische General Baratier führen.

Der Eisenkonflikt

Die Besprechungen des Ministers Severing in Düsseldorf.

Im Laufe des gestrigen Vormittags haben die Besprechungen des Reichsministers des Innern Severing mit den Vertretern der Metallarbeiterverbände zur Beilegung des Lohnkonflikts in der Nordwestgruppe begonnen. Ob und wann Einzelheiten über die Verhandlungen gebracht werden können, steht noch nicht fest. Der Arbeitgeberverband Nordwest hat entgegen den Pressemeldungen, daß bereits am Freitag vormittag Besprechungen seiner Vertreter mit dem Minister stattfinden sollen, noch keine Einladung zu derartigen Besprechungen erhalten.

Der Sieg der Bauern

Die rumänischen Wahlen

Die Wahlen in Rumänien, die durchaus ruhig verliefen, ergaben einen überraschend großen Wahlsieg Manius. Die Bauernpartei, mit der sich die Deutschen, die Sozialdemokraten und die Juden koaliert hatten, erhielten rund 75 Prozent aller abgegebenen Stimmen, während die bisher übermächtige liberale Partei nur etwa 8 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte. Antisemiten und Kommunisten vermochten nicht 2 Prozent der abgegebenen Stimmen, die vom Wahlgesetz vorgeschriebene Mindestquote, zu erreichen, sodaß sie vollständig ausfallen. Von den 400 Mandaten der rumänischen Kammer dürften demnach auf die nationale Bauernpartei rund 340 Mandate fallen. Man rechnet damit, daß die Deutschen 10, die Sozialdemokraten 6, die zionistischen Juden 5 und die Ukrainer 2 Mandate erhalten. Auf die Liberalen sollen etwa 15 und auf die Liste Transylvanien 5 Mandate.

Ansprache des österreichischen Bundespräsidenten an die Presse.

Gestern nachmittag empfing Bundespräsident Miklas die Vertreter der in- und ausländischen Presse und richtete an sie eine Ansprache, in welcher er zunächst die Notwendigkeit der Fühlungnahme zwischen den Männern des öffentlichen Lebens und der Presse betonte und dann darauf zu sprechen kam, daß sich Oesterreich zwar an materiellen Kräften mit reicheren und größeren Staaten nicht messen, aber auf geistigem Gebiete mit allen anderen Ländern in aussichtsreichem Wettbewerb treten könne.

Verbot aller Versammlungen unter freiem Himmel und aller Umzüge in Berlin.

Unter Bezugnahme auf die schweren blutigen Ausschreitungen, die in letzter Zeit in Berlin vorgekommen sind, verbietet der Polizeipräsident auf Grund des Artikels 123, Abs. 2 der Reichsverfassung bis auf weiteres für den Ortspolizeibezirk Berlin alle Versammlungen unter freiem Himmel einschließlich aller Umzüge wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit.

Der Ueberfall an der marokkanisch-algerischen Grenze.

„Journal" meldet aus Oran: Eine nach dem Ueberfall auf die französischen Heeresautomobile ausgesandte Patrouille, die hauptsächlich aus franzosentreuen Eingeborenen bestand, wurde von Aufständischen angegriffen. Die Aufständischen sollen 21 franzosentreue Eingeborene getötet und zwei verwundet, selbst jedoch nur einen der ihrigen tot auf dem Kampfplatz zurückgelassen haben. Daraufhin stiegen französische Flugzeuge zur Bestrafung der Aufständischen auf und bewarfen die Zeltlager mit Bomben.

Doch noch keine Antwort

Der Kampf um die Sachverständigen.

Zu der Nachricht, nach der die Ueberreichung der Antwort der fünf Reparationsmächte auf den deutschen Schritt vom 30. Oktober unmittelbar bevorstehen solle, erfahren wir an gut unterrichteter Berliner Stelle, daß diese Nachrichten den Tatsachen zweifellos vorauseilen, da eine völlige Einigung noch immer nicht erzielt worden ist. Das gilt einmal für die Frage der Ernennung der Sachverständigen durch die Reparationskommission, wenngleich auch hier wohl eine Verständigung sich wird erzielen lassen unter der Voraussetzung, daß die Einschaltung der Reparationskommission nur eine Formsache ist. Wesentlich schwieriger liegt die Frage der Umschreibung des Mandats der Sachverständigen, wenngleich auch Pariser Meldungen bereits wissen wollen, daß eine Formel gefunden sei, die den Sachverständigen volle Freiheit lasse, nicht nur die deutsche Leistungsfähigkeit einer neuen Nachprüfung zu unterziehen, sondern auch die Zahlungsmodalitäten gegebenenfalls abzuändern, d. h. den Dawesplan zu revidieren. Tatsächlich sind aber diese Dinge noch nicht so weit gediehen. Es bestehen in dieser Frage noch immer gewisse Schwierigkeiten. Unter diesen Umständen ist nicht damit zu rechnen, daß etwa noch im Laufe dieser Woche die Antworten der Reparationsmächte in Berlin eingehen werden.

Deutschland als Vorbild

Erklärung des neuen chinesischen Gesandten für Deutschland

Der neuernannte Gesandte Chinas für Deutschland, Tschiangtsopin, erklärte in einer Unterredung, die er vor seiner Abreise nach Deutschland mit Pressevertretern in Schanghai hatte, seine Ernennung sei zurückzuführen auf seine Tätigkeit für die Kuomintang-Revolution seit dem Jahre 1911. Die neue Regierung wolle künftig nur führende Parteimänner als diplomatische Vertreter entsenden. Seine Ernennung stehe in keinem Zusammenhang mit der Tätigkeit des Obersten Bauer in Nanking. Er werde die Verhältnisse in Deutschland gründlich studieren. Der Gesandte wies dann auf die Fortschritte der deutschen Wissenschaft hin, die bewundernswert seien, und erklärte, er hoffe, daß das chinesische Volk Deutschlands Spuren, namentlich hinsichtlich der deutschen Wiederaufbaubemühungen, folgen werde. Er hoffe, daß der Geist Deutschlands bald im chinesischen Volke und in den Regierungskreisen Chinas Eingang finde.

Nachwehen

Unschädlichmachung von chemischen Rückständen aus der Kriegszeit.

Zu einer Zeitungsmeldung über die bevorstehende Unschädlichmachung von chemischen Rückständen aus der Kriegszeit auf der Wahner Heide bei Köln wird amtlicherseits mitgeteilt, daß zu einer Beunruhigung kein Anlaß bestehe. Es handele sich bei den zu versenkenden Mengen nicht um die eigentlichen Kampfgase (Blaukreuz-, Gelbkreuz- und Phosgengas), sondern um nicht unter Druck stehende und nicht explosible Gase, die für die Herstellung eines sogenannten Reizgases in Frage kämen. Nach eingehender Prüfung der Frage der wirksamsten Vernichtung durch die zuständigen Zentralbehörden wurde angeordnet, daß die Chemikalien in einem Betonbehälter versenkt werden. Die technische Ausführung des Behälters und die Art der Versenkung bieten alle erdenkliche Gewähr dagegen, daß jetzt oder in Zukunft Personen- oder Sachschäden auftreten. — Und wenn in spätern Zeiten einmal dieser Betonbehälter gefunden und neugierig geöffnet werden wird?

Vor den Weihnachtsferien

Stimmungsbild aus dem Reichstag.

Eine Rede, die Reichskanzler Müller auf dem jährlichen Bankett des Vereins Berliner Presse hielt, erweckte am Donnerstag in den Wandelhallen ein erfreuliches Echo. Mit seinen außenpolitischen Forderungen ist der ganze Reichstag einverstanden. Ebenso wünscht man auf innerpolitischem Gebiete, daß dieses Jahr dem deutschen Volke die übliche Weihnachtskrisis erspart bleibt. Man beachtet aber sehr, daß nach Auffassung des Kanzlers hinter der nächsten Regierungskrisis im Reich die Auflösung des Reichstages stünde. Daran knüpfen sich die verschiedenartigsten Erläuterungen, die je nach dem politischen Lager natürlich durchaus verschieden lauten.

Auffallend viel wurde auch über Lugano gesprochen. Man begrüßte es sehr, daß Reichskanzler Müller durch seine Rede Dr. Stresemann in Lugano das Rückgrat stärkte. Im allgemeinen herrscht aber ein starker Pessimismus. Man befürchtet sogar, daß das Ergebnis von Lugano noch winziger ist, als das letzte von Genf.

Der Vollständigkeit halber muß erwähnt werden, daß man sich allgemein darüber wundert, daß die Auseinandersetzungen in der Zentrumspresse über die Erklärungen Stegerwalds weitergehen. Davon war man nun nicht gewöhnt. Im übrigen